

Republik Moldau

Ergebnis Status-Index (Demokratie: 2,2 / Marktwirtschaft 1,9):		4,1	Ergebnis Management-Index		3,3
Politisches System	Parlamentarisch-präsidentielle Demokratie		Bevölkerungsgröße	4,3 Mio.	
Wahlbeteiligung	k.A.		BIP p. c. (\$, PPP)	2.150	
Frauenanteil im Parlament	12,9 %		Arbeitslosenquote	k.A.	
Bevölkerungswachstum^a	0,4		HDI	0,700	
Größte ethnische Minderheit	35 %		UN-Education Index	0,86	
			Gini-Index	36,2	
Angaben, wenn nicht anders angegeben, für das Jahr 2001. ^a jährliches Wachstum zw. 1975-2001. Quellen: UNDP: Human Development Report 2002, 2003.					

1. Einleitung

Die Republik Moldau – Moldova – ist in vielerlei Hinsicht ein einzigartiger Fall post-kommunistischer Transformation. Nations- und Staatsbildung, eigentlich der dritten Dimension eines Transformationsprozesses zuzuordnen, prägten die erste Phase der Umgestaltung (d. h. vom Ende der 80er Jahre und der Unabhängigkeitserklärung vom 23. August 1991 bis zu den Wahlen und dem Unabhängigkeitsreferendum vom Februar/März 1994). Dann jedoch schwand die weit verbreitete Unterstützung für die Agenda der nationalen Selbstbestimmung und der Wiedervereinigung mit Rumänien, wie sie von der *Volksfront* unter der Perestroika befürwortet wurde. Die reaktive Mobilisierung der Minderheiten, überwiegend auf moldauischem Territorium auf der linken Uferseite des *Dnestr*-Flusses, bewirkte stattdessen Sezessionismus.

Die *Dnestr Republik Moldova (PMR)* hatte am 2. September 1990 ihre Unabhängigkeit erklärt. Nach einem kurzen bewaffneten Konflikt 1992 trennte sie sich, mit aktiver Unterstützung Moskaus, de facto vom moldauischen Staat ab. In Folge verliefen die wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse auf der linken und rechten Seite des Dnestr unterschiedlich. Das vorliegende Gutachten bezieht sich daher (falls nicht anders ausgewiesen) nur auf den Teil des moldauischen Territoriums, der de facto unter souveräner Kontrolle der Regierung in Chişinău steht.

Der ungelöste Territorialkonflikt, Kontroversen über das Wesen moldauischer Nationalität und die Abhängigkeit des Landes von russischen Energieressourcen

verschärften die Herausforderungen an das Transformationsmanagement noch zusätzlich. Bei den Wahlen im Februar/März 1998 nahmen sozioökonomische Fragen den Platz nationaler Belange als primärer Mobilisierungsfaktor ein. Allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Härten des Transformationsprozesses und den Ergebnissen der wirtschaftlichen Reformen hatten die einzige ganz und gar unreformierte, kommunistische Regierung im ehemaligen Osteuropa zur Folge. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Präsidentschaft von Petru Lucinschi (Januar 1997-April 2001) und Vladimir Voronin (ab April 2001) mit den vier entsprechenden Regierungen. Die „Prüfung der Kriterien“ untersucht den Status quo im März 2003; der Abschnitt über die „Zurückgelegte Wegstrecke“ beinhaltet sowohl die Lucinschi- als auch die Voronin-Präsidentschaften, die anschließende „Bewertung des Transformationsmanagements“ bezieht sich lediglich auf die letzten beiden Jahre kommunistischer Herrschaft.

2. Transformationsgeschichte und -charakteristika

Aufgrund des vorausgehenden (aber unvollständigen) Nations- und Staatsbildungsprozesses gelangten demokratische und vor allem ökonomische Reformen (zu) spät in den Mittelpunkt der moldauischen Politik. Die kurze Periode öffentlicher Mobilisierung für nationale Selbstbestimmung ebenso wie die 1988 eingesetzten politischen und ökonomischen Reformen fanden mit dem Sieg der Befürworter einer Wiedervereinigung mit Rumänien, der Volksfront, und dem Verbot der kommunistischen Partei nach dem Putschversuch in Moskau im August 1991 ein Ende.

Im Anschluss konnten zwar die Anhänger eines unabhängigen Staates Moldova, eine Koalition aus Eliten der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura und moderaten Reformern unter Führung von Präsident Mircea Snegur, an Boden gewinnen, doch sowohl die Fürsprecher einer Wiedervereinigung als auch die *Moldawisten* versäumten es, zielgerichtete ökonomische Reformen zu initiieren. Während die *Volksfront* annahm, dass eine baldige Wiedervereinigung mit Rumänien jeden separaten moldauischen Reformversuch zwecklos machen würde, versuchten die *Moldawisten* die Kontrolle über die für Reformen relevanten staatlichen Institutionen zu gewinnen. Dieser Machtkampf, die unvorteilhafte Ausgangssituation und der *Dnestr-Konflikt* blockierten weiterhin ökonomische Reformen, obwohl demokratische Institutionen etabliert wurden.

1994 schafften es die *Moldawisten* ihre Agenda durchzusetzen, politische Schlüsselpositionen zu besetzen und die Anhänger einer Wiedervereinigung zu marginalisieren. 1997 ergriff dann Lucinschi nach nahezu klassischem Muster die Macht mit dem Versprechen, mittels einer Lösung des Dnestr-Konflikts die staatliche Einheit wieder herzustellen und einen erfolgreichen, aber „schmerzfremen“ Übergang zur Marktwirtschaft durchzuführen. Als Lucinschis Versagen in beiden Feldern 2001 evident wurde, gewann der Anführer der Kommunisten, Vladimir Voronin, seine Kampagne mit den gleichen Versprechen.

Seit der ersten Phase einer demokratischen Übernahme der bestehenden Institutionen der *Sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien* Ende der 80er Jahre blieb die Transformation zu einer pluralistischen Demokratie in Moldova kontrovers und inkonsistent. Die Konsolidierung demokratischer Institutionen und Prozeduren wirkte unmittelbar auf die Kontroversen um Staatswerdung und -bildung ein (Wiedervereinigung mit Rumänien, Reintegration der PMR) und hing unmittelbar mit der relativen Macht von Exekutiv- und Legislativorganen zusammen, die in Fragen der Staatlichkeit mehr als einmal entgegengesetzte Positionen repräsentierten.

Was die Transformation hin zu einer Marktwirtschaft betrifft, so zählte Moldova bereits in Zeiten kommunistischer Herrschaft zu den ärmsten Staaten Europas. Der Mangel an natürlichen Ressourcen, der Verlust industrieller Anlagen auf dem linken Ufer des Dnestr, ein Image gewalttätiger Konflikte, Abhängigkeit von den natürlichen und Energieressourcen Russlands sowie eingeschränkter Zugang zu den Märkten der GUS und Moldovas Position zwischen den Staaten der GUS und Südosteuropa verursachten im Anschluss extrem ungünstige Bedingungen für wirtschaftliche Reformen und Erholung. Auf symptomatische Weise sah sich der schwache Staat Moldova wirtschaftlichem Druck von Seiten der westlichen IFIs und der GUS ausgesetzt und antwortete entsprechend in beide Richtungen mit schwankenden politischen Orientierungen und simulierten Reformen.

Unterdessen wuchs in der Bevölkerung eine extrem skeptische Haltung gegenüber der politischen Rhetorik ökonomischer Reformen. Der Übergang zu einer Marktwirtschaft wurde als größere existenzielle Gefahr für die persönliche Daseinserhaltung betrachtet als die minimalen garantierten Einkommen einer überwiegend staatlich kontrollierten Wirtschaft. Das Endergebnis ist eine marode Wirtschaft und eine kommunistische Regierung, die unfähig ist, der doppelten Abhängigkeit von russischen Energieressourcen und westlicher Reformunterstützung gerecht zu

werden, denn beide sind verknüpft mit politischen und wirtschaftlichen Bedingungen.

3. Prüfung der Kriterien zu Demokratie und Marktwirtschaft

3.1. Demokratie

3.1.1. Politische Ordnung

(1) *Staatlichkeit*: Im Grunde waren die Regierungsautoritäten in der Hauptstadt Chisinau seit der Gründung Moldovas als unabhängiger Staat nicht in der Lage, das staatliche Gewaltmonopol auf das gesamte Territorium auszudehnen: Während die Autonomievereinbarung mit der Gagausischen Minorität im Jahre 1994 die wesentliche Herausforderung (obgleich geringfügigen Ausmaßes) staatlicher Autorität auf der rechten Seite des Dnestr beendete, konnte Chisinau keine Autorität jeglicher Art auf der linken Seite und der angrenzenden Stadt Bender auf der rechten Seite des Flusses herstellen. Dort ist das staatliche Gewaltmonopol jedoch ansonsten fest etabliert und weitgehend unangefochten.

In Moldova, einem Staat mit einem Minderheitenanteil von einem Drittel der Bevölkerung, begründet die Verfassung von 1994 eine zivile Ableitung des Nationalitätsbegriffes. Mit dem Ende der UdSSR hatte die Regierung noch eine *Null-Option* für Staatsbürgerschaft eingeführt. Befürworter einer Wiedervereinigung sprechen sich für eine Abschaffung moldauischer Staatsbürgerschaft aus, würden aber zumindest ein ethnisch-historisches Kriterium nach dem Beispiel Estlands und Lettlands einführen (entsprechend den Kriterien für Staatsbürgerschaft in der Zeit sowjetischer Besatzung 1940). Allen Bürgern stehen die gleichen Bürgerrechte zu, größere Gruppierungen von Verfassungsgegnern gibt es jedoch unter den Befürwortern einer Wiedervereinigung und den Herrschern des Quasi-Staates der PMR. Umgekehrt entwickelten die moldauischen Sicherheitskräfte keine politischen Zielsetzungen und unterliegen politischer, wenn nicht ziviler Kontrolle.

Gegenwärtig ist Moldova säkularisiert: Staat und Kirche sind weitgehend getrennt und religiöse Dogmen haben keinen Einfluss auf den Prozess politischer Entscheidungsfindung. Einige der Kontroversen bezüglich der verschiedenen orthodoxen Kirchen in Moldova beziehen jedoch die Staatsgewalten mit ein: die Registrierung von Kirchen unterliegt einem staatlichen Zulassungsverfahren, die Bessarabische Kirche und auch Muslime werden diskriminiert, und auf Druck des

moldauischen Arms des Moskauer Patriarchats finden die „Wahre Orthodoxe Kirche“ und die Mormonen keine Anerkennung.

In allen drei Landesteilen Moldovas – Moldova, Gagausien und PMR – gibt es grundlegende administrative Strukturen. Die Staatsgewalten in Chisinau haben aber wiederum keine Kontrolle über die administrativen Strukturen auf der linken Uferseite.

(2) *Politische Partizipation*: Seit den partiell freien Wahlen von 1990 finden in Moldova auf nationaler und lokaler Ebene in regelmäßigen Intervallen demokratische Wahlen statt. Nach bekanntem Muster beschuldigen die Oppositionsparteien die herrschenden Politiker des Amtsmissbrauchs und der Verwendung staatlicher Ressourcen für parteipolitische Kampagnen. Angesichts der vorherrschenden politisch-ideologischen Polarisierung überrascht es kaum, dass jede Wahl von Beschuldigungen und Berichten über die physische Einschüchterung politischer Gegner begleitet ist. Grundsätzlich entscheiden Wahlen über die Regierung und es gibt keine ungewählten Amtsinhaber. Allerdings versuchen die Behörden der Hauptstadt der PMR, Tiraspol, häufig, die Bewohner der linken Uferseite an der Teilnahme an nationalen Wahlen zu hindern.

Auf der rechten Flussseite gibt es also eine effektive Machtausübung von Seiten der gewählten Herrscher, nicht aber auf der linken. Das demokratische Defizit ist daher nicht auf Veto-Mächte, sondern auf eine politisch-territoriale Enklave zurückzuführen. Das Militär hatte niemals Ansprüche auf politische Einflussnahme, und der Einfluss des Orthodoxen Moskauer Patriarchats ist auf Fragen der Kirchenzulassung begrenzt. Betrachtet man die rechte Flussseite Moldovas als zentralisierten Staat, so ist die starke Macht der Staatsvertreter sowohl auf lokaler als auch auf der Ebene der 40 Bezirke und der zehn bezirksfreien Städte (momentan zu 10 raions – „Provinzen“ – erneuert) hervorzuheben.

Gemessen am niedrigen Ausgangsniveau ist in Moldova seit einigen Jahren ein bedeutendes Wachstum endogener politischer und zivilgesellschaftlicher Bewegungen zu beobachten. Im Moldova der rechten Flussseite existieren formell keine Einschränkungen des Rechts auf freie Versammlung und Vereinigung. In der Praxis ist die Opposition der Wiedervereinigungsbewegung gelegentlicher Obstruktion ausgesetzt (und diese bezieht ihre Legitimität zum Teil aus dem von ihr hervorgerufenen Widerstand des Regimes), so zum Beispiel während der Organisation politischer Demonstrationen im Frühjahr 2002. Der Europarat verlangte anlässlich der Entscheidung, die *Christdemokratische Volkspartei* (Befürworter

der Wiedervereinigung) zu unterbinden, und anderer Maßnahmen, die sich konträr zum Recht auf freie Versammlung und Meinung verhielten, eine Erklärung Moldovas. NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen sind im Regelfall entweder ganzheitlich unterstützte Vertreter internationaler NGOs oder als Grassroot Organizations mit dem Staat oder der kommunistischen Partei verbunden.

Der Staat und die herrschende politische Partei üben jedoch keine Kontrolle über Medien und Öffentlichkeit aus. Obwohl Fernsehen und Radio staatlich dominiert sind, herrscht Medienvielfalt vor. In jüngsten Kontroversen demonstrierten die Autoritäten allerdings eine Neigung, Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Im Januar 2003, anlässlich eines neu angenommenen Rundfunkgesetzes, das diversen Formen politischer Einflussnahme und Zensur den Weg bereitere, nachdem die nationale Rundfunkanstalt bereits im Jahr zuvor in eine öffentliche Einrichtung umgewandelt wurde, kritisierte ein Bericht des Europarates exzessive Regierungskontrolle, eine unangemessene Mediengesetzgebung sowie Einschüchterungen der Presse von Seiten der Polizeikräfte.

(3) *Rechtsstaatlichkeit*: Im Laufe des letzten Jahrzehnts entstand in Moldova eine Staatsarchitektur, die Exekutive, Legislative und Judikative institutionell voneinander trennt. Die absolute Mehrheit der kommunistischen Partei im Parlament schafft jedoch eine De-facto-Dominanz der Exekutive (d. h. des Präsidenten) über ein Parlament mit fragmentierter Opposition. Dementsprechend gibt es in Moldova keinen klar artikulierten politischen Willen, eine unabhängige Judikative zu schaffen. Von daher verlief die Justizreform überwiegend rhetorisch und die ergriffenen Maßnahmen unterstützten diese häufig nur scheinbar. Hindernisse politischer, ökonomischer und institutioneller Natur haben das Aufkommen eines tatsächlich unabhängigen und professionellen Justizwesens blockiert. Das gegenwärtige Justizsystem Moldovas ist aus der graduellen Aufgabe ehemaliger Sowjet-Rechtspolitik und ihrer Institutionen hervorgegangen. Das Rechtswesen Moldovas untersteht dem Obersten Gerichtshof, einem Berufungsgericht, Bezirksgerichten und einfachen Gerichten. Die Oberste Magistratur ernennt und versetzt die Richter, leitet Untersuchungen sowie Disziplinarverfahren gegen diese ein und führt diese auch selbst durch. In jüngster Zeit wurde dem moldauischen Rechtssystem durch eine Reihe von Maßnahmen der jetzigen kommunistischen Regierung, inklusive einer Reihe rechtlicher Zusatzbeschlüsse, ernsthafter Schaden zugefügt.

Wie es in Moldovas Rang im Transparency International Korruptionsindex und im Index der Weltbank zur Vereinnahmung des Staates seitens privater Interessengruppen, der unter 18 Ländern nur noch Aserbeidschan niedriger bewertet als

Moldova, zum Ausdruck kommt, ist Amtsmissbrauch zur privaten Bereicherung ein Schlüsselproblem in Moldova. Gemessen am Index für Korruption innerhalb der Verwaltung sind nur Kirgistan, Aserbaidschan und Georgien niedriger bewertet als Moldova. Die rechtlichen Instrumente zur Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch sind nicht ausreichend. Korruption ist in der Regel bei Polizei und Staatsanwaltschaft, Ärzten, Professoren, Zoll- und Steuerbeamten und anderen Gruppen zu beobachten. Am weitesten verbreitet ist Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen, den Steuerbehörden und dem Zoll-, Bildungs- und Gesundheitswesen. Kritische Aufmerksamkeit und Proteste seitens der Medien in besonders herausragenden Fällen bleiben hinsichtlich struktureller Gegenmaßnahmen ohne Wirkung. Hochrangige Regierungsmitglieder (aus Parlament und Regierung) werden in der lokalen Presse häufig der Korruption beschuldigt. Korruption und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sind oft wiederkehrende politische Themen. Politische Rivalen beschuldigen sich gegenseitig, Strafverfolgungen finden aber nicht statt.

Die Nähe der PMR, vielleicht der notorischste Fall eines Mafia-Staates in Europa, trägt mit Sicherheit zu den Problemen im eigentlichen Moldova bei. Dort war die Bedeutung einer verstärkten Anti-Korruptions-Strategie Gegenstand jüngster Diskussionen. Moldova hat einen rechtlichen Rahmen zur Bekämpfung und Bestrafung von Korruption angenommen. Die Durchsetzung der Gesetze ist allerdings ineffektiv und Korruption existiert auf einem fortgeschrittenen Niveau. 1996 verabschiedete das moldauische Parlament ein „Gesetz zur Bekämpfung der Korruption und des Protektionismus“ und gründete im Innenministerium eine Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption. Ein Dekret des neuen Präsidenten Voronin schuf im Mai 2001 den Kooperationsrat für Angelegenheiten der Korruptionsbekämpfung. Während diese Versuche in der Vergangenheit überwiegend die Symptome behandelten, so scheint nun der Bedarf für einen systemischen Ansatz, der Reformen von Institutionen, öffentlichem Dienst sowie des Justizwesens und Programme zur Stärkung öffentlicher Kontrolle beinhaltet, Anerkennung zu finden. Die Regierung steht aber dem Problem gegenüber, eine effiziente und korruptionsresistente öffentliche Verwaltung unter engen Haushaltszwängen zu schaffen. Viele Beobachter nehmen an, dass Rückstände bei Gehaltszahlungen es für Richter schwierig gestalten, unabhängig und korruptionsfrei zu bleiben.

Bürgerrechte werden von der Verfassung garantiert, aber aufgrund der hegemonialen politischen Autorität werden Verletzungen meistens nicht geahndet. Menschenrechtsberichte deuten auf keine politisch motivierten Mordfälle oder Entfüh-

rungen hin. Allerdings erwähnen einige Berichte Fälle von Polizeibrutalität in Moldova sowie Folter und politisch motivierte Verhaftungen in der PMR und die Komplizenschaft von Staatsangestellten im Menschenschmuggel. Anklagen wurde in diesen Fällen nur selten erhoben und scheinen keine substanziellen Ergebnisse hervorzurufen. Abgesehen von den spät-sowjetischen Rehabilitationsverfahren wurden keine spezifischen Verfahren zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt.

3.1.2. Politische Einstellungs- und Verhaltensmuster

(1) *Institutionelle Stabilität:* In Moldova wird die Effizienz demokratischer Institutionen, inklusive Verwaltung und Justizwesen, weniger durch einen Mangel an Kontinuität oder inter-institutionellen Konflikten als durch einen Mangel an menschlichen und materiellen Ressourcen eingeschränkt. Formell werden die demokratischen Institutionen von allen relevanten Organisationen akzeptiert. In der gegenwärtigen Situation verfügt die kommunistische Regierung über die absolute Mehrheit (71 von 101 Sitzen im Parlament) in einem stark polarisierten politischen Umfeld. Daher respektieren weder die selbst ernannten Autoritäten der PMR noch die radikalen Wiedervereiniger das Rahmenwerk demokratischer Institutionen und bringen dies etwa durch den Boykott parlamentarischer Sitzungen als Protest gegen Mehrheitsentscheidungen zum Ausdruck.

Während die PMR alternative Institutionen aufgebaut hat, greifen Teile der politischen Opposition, gemäß der Annahme ihre nationalen Anliegen seien dem demokratischen Prozess übergeordnet, zu außerparlamentarischen Mitteln. Als Reaktion eröffnete die kommunistische Regierung auf internationalen Druck mit der Opposition und der Zivilgesellschaft einen Dialog des runden Tisches außerhalb des parlamentarischen Rahmens. Es gilt also festzuhalten, dass starke Akteure die demokratischen Institutionen Moldovas nicht akzeptieren oder nicht respektieren und im Falle der PMR ein Veto halten.

(2) *Politische und gesellschaftliche Integration:* Die Parteienlandschaft Moldovas blieb während des Transformationsprozesses zersplittert und volatil. Mit Ausnahme der wiederbelebten kommunistischen Partei Moldovas verfügt keine Partei über breit gestreute Mitgliedschaften und gesellschaftliche Wurzeln. Auf vielerlei Weise wurden politische Parteien und Allianzen gemäß den Ambitionen und Zielen individueller Politiker gebildet, zusammengefügt und auseinander gebrochen. Die Polarisierung der Parteienlandschaft spiegelte zum einen einander entgegen-

gesetzte Auffassungen zu Staats- und Nationenbildung sowie internationaler Orientierung und zum anderen verschiedene Reform- und Transformationsstrategien wider. Diese Polarisierung auf beiden Achsen des politischen Spektrums gestaltete pragmatische Kooperation und Konsensfindung extrem schwierig. Die Gründung des zivilgesellschaftlichen „runden Tisches“ verdeutlicht dazu, dass die normalen demokratischen Mechanismen ihre Funktion als Medium der Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft verfehlt haben. Die Fragmentierung des Parteiensystems in Kombination mit einer 6%-Hürde bewirkte eine begrenzte Anzahl von drei Parteien im jetzigen Parlament und einen Wert von 1.79 auf dem *Laakso/Taagepera-Index*.

Die Ebene der Vermittlung zwischen Gesellschaft und politischem System besteht im Großen und Ganzen aus den untergeordneten Zweigen der herrschenden kommunistischen Partei und ihrer Grasswurzelorganisationen oder ist auf eine ethnisch-national orientierte Mobilisierung ausgelegt. Kooperative Vereinigungen, „Advocacy“-Organisationen und Interessengruppen außerhalb dieser beiden Kategorien sind extrem schwach.

Dementsprechend sind vorhandene Gruppen überwiegend von internationalen Organisationen oder NGOs finanziert und eingerichtet und haben oft keine starke Bindung zur lokalen Bevölkerung, auch wenn sie deren Interessen vertreten mögen. Der Staat verhandelt also mit ethnisch-nationalen Interessengruppen und lokalen Vertretungen der internationalen Gemeinschaft. Beide Formen der Interessenvertretung schwächen (unbeabsichtigt) den demokratischen Prozess.

Die Akzeptanz von und das Vertrauen in demokratische Institutionen von Seiten der Bürger ist extrem niedrig: In einer Umfrage von 2001 erklärten 62% der Befragten, dass der Staat nicht in der Lage sei, ihre persönliche Sicherheit zu gewährleisten. Im gleichen Jahr glaubten 57% aller Moldawier ein Ein-Parteiensystem sei einer Demokratie vorzuziehen. In einer Übersicht des Jahres 2001 über die dringendsten Anliegen der Bevölkerung findet Demokratie keinerlei Erwähnung. Das öffentliche Vertrauen in die meisten Institutionen (Präsident, Parlament, Justiz, Politik) ist, mit Ausnahme von Kirche und Massenmedien, sehr gering. Patriarchalische Grundeinstellungen und das Fehlen wahrhaftiger, glaubwürdiger politischer Alternativen bewirkten eine Lethargie gegenüber der Politik.

Soziale, nicht-politische Selbstorganisation und Selbsthilfe konzentrierten sich auf kommunale und familiäre Strukturen wirtschaftlicher Selbsterhaltung. Eine kleine Elite, fast ausschließlich in der Hauptstadt Chisinau, hat mittels Partnerschaften

mit entsprechenden internationalen Organisationen soziales Kapital bilden können. Grundhaltungen und Konzepte sozialer Organisation beziehen sich in einer für UdSSR-Nachfolgestaaten typischen Weise auf den Staat, ungeachtet der Fähigkeit und des Willens des Staates, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Der Kern des Problems ist in diesem Fall nicht die geringe Vertrauensbasis zwischen der Bevölkerung, sondern die Zersplitterung der Gesellschaft und die Dominanz des Staates. Weiterführende Formen der sozialen Organisation begrenzen sich auf eine rudimentäre Elite und mobilisieren die Bevölkerung eher auf einer Ad-hoc-Basis.

3.2. Marktwirtschaft

3.2.1. Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Als ärmstes Land Europas sind soziale Exklusionen in Moldova weit ausgeprägt und strukturell verfestigt und daher charakteristisch für Moldovas Transformation zur Marktwirtschaft. Wie die Indizes verdeutlichen, untergraben soziale Ausgrenzungen die Errungenschaften des Sowjetsystems. Exklusion ist nicht primär eine Frage des Geschlechts oder der Bildung, sondern, vor allem auf dem Land, kausal mit dem Ausmaß absoluter Armut in Moldova verbunden. Der Gini-Index für Moldova beträgt 41 (1997). Die untersten 10% der Haushalte teilen sich 2%, die obersten 10% kommen auf 31% des verfügbaren Einkommens (1997). Nach einer Schätzung aus dem Jahre 2001 leben 80% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil von Analphabeten unter der erwachsenen Bevölkerung bei 1,1%, der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitswesen erreicht nahezu 100%. Im GDI-Index zur Ungleichheit der Geschlechter belegt Moldova unter 146 Ländern den 86. Platz.

3.2.2. Markt und Wettbewerb

Die wirtschaftliche Liberalisierung deckt nach mehr als einem Jahrzehnt der Transformation lediglich 50% des BIP ab. Gegenwärtig sind für eine steigende Anzahl von Produkten eine Tendenz zu Preisfestlegungen sowie eine Verlangsamung des Privatisierungsprozesses zu beobachten. Die Liberalisierungsindikatoren von Freedom House geben Moldova eine konsistent niedrige Bewertung von 4 (von 5) in Fragen der Privatisierung und mikro- und makroökonomischer Politik. Der weit ausgebreitete informelle Sektor ist teilweise auf die hinderlich hohen

Tarife und Steuern auf unternehmerische Aktivitäten zurückzuführen. Der Weltbank zufolge senkte sich Moldovas durchschnittliche Zollrate von 4,5% in 1999 auf 2% im Jahr 2000 ab, wesentliche nichttarifäre Hindernisse bestehen aber weiterhin fort. Im Allgemeinen sind Unternehmen weiterhin, etwa in Form häufiger Inspektionen, exzessiver staatlicher Regulierung und Überwachung ausgesetzt. Die nationale Währung Leu ist seit 1995 konvertibel.

Monopolbildung in Moldova bezieht sich auf Staatsmonopole in wirtschaftlichen Schlüsselaktivitäten, wie zum Beispiel Telekommunikationsdienstleistungen im Festnetz, Heizkraft, das System der Mediendistribution und Elektrizität. Das gesetzliche Rahmenwerk zur Unterbindung von Monopolbildung ist das „Gesetz zur Begrenzung monopolistischer Aktivitäten“. Die Entwicklung des Wettbewerbs sowie die Anti-Monopol- und Wettbewerbsabteilung des Wirtschaftsministeriums müssen jedes Unternehmen mit ausländischem Eigentumsanteil von über 5 Millionen US-Dollar genehmigen. In der wirtschaftlichen Praxis sind Monopole kaum von Gesetzgebung oder politischen Maßnahmen beeinflusst.

Eine desaströs negative Außenhandelsbilanz mit allen angrenzenden Wirtschaftsregionen behindert die Liberalisierung des Außenhandels in Moldova. Obwohl das staatliche Handelsmonopol bereits im Jahre 1992 aufgehoben wurde, setzten offene Markttransaktionen erst 1998 ein und Handelseinschränkungen wurden erst 1999 vollständig beseitigt. In einem langwierigen Prozess schafft es der IWF eine Liberalisierung von Preisen, des Marktes für ausländische Währungen, eine Reduzierung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren wie Registrierung und Lizenzvergabe sowie die Privatisierung von Staatseigentum durchzusetzen. Da Moldovas Exporte überwiegend aus landwirtschaftlichen Produkten bestehen, ist es auf dem Weltmarkt nur gering wettbewerbsfähig. Das moldauische Bankensystem und der Kapitalmarkt unterlaufen weiterhin einen Restrukturierungsprozess, die Konsolidierung eines liberalen Systems liegt weiterhin voraus, jedoch deuten die Erhöhung des Minimums für Kapitalrücklagen und eine Reduzierung überfälliger Kredite eine positive Entwicklung an.

3.2.3. Währungs- und Preisstabilität

Vergleicht man die Inflationsrate (diese schwankte zwischen fast 40% 1999 und weniger als 8% 1998 und auf einem Mittel von 22% für 1995-2001) mit dem akuten Zustand und Zerfall der moldauischen Volkswirtschaft, blieb der moldauische Leu bemerkenswert stabil. Zum Zeitpunkt seiner Einführung (November 1993)

betrug der Wechselkurs für den konvertiblen Leu 3,85 MDL für 1 US-Dollar, im März 2003 lag er bei moderaten 14,20 MDL. Die monetäre Politik der Regierung ist auf Druck der IFIs relativ umsichtig, aber eine konkrete Inflationskontrolle genießt als solche keine Priorität. Das Risiko von Währungsturbulenzen wird durch Kapitaltransfers von Moldawiern aus dem Ausland reduziert. Die Zentralbank ist unabhängig, wurde aber regelmäßig gezwungen, die Kredite der Regierung zu verlängern.

Im Ganzen betrachtet gibt es ernsthafte Probleme mit dem Ziel und der Umsetzung einer Stabilitätspolitik. Latente Tendenzen zu exzessiven Ausgaben und eine niedrige Effektivität der Einkommenserhebung schwächen die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit. Es bestehen ernsthaft Zweifel, ob Moldova mittelfristig in der Lage sein wird, seine Auslandsschulden zu begleichen. Moldova steht einer schweren externen Schuldenlast gegenüber; fast die Hälfte des Einkommens der Zentralregierung wird verwendet, um die Schulden des Landes zu bedienen.

3.2.4. Privateigentum

Eigentumsrechte und die Regulierung des Eigentumserwerbs sind formal gesetzlich definiert, doch nicht konsistent implementiert und nicht hinreichend, vor allem gegen staatliche Eingriffe gesichert. Es bestehen latente Tendenzen zur Renationalisierung. Im Ganzen ist das Niveau staatlicher Eingriffe moderat: Obwohl das Justizwesen unabhängig ist, behält sich die Exekutive vor, in Eigentumsfragen ungebotenen Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen.

Die Privatisierung von Unternehmen verlief in Moldova nur halbherzig und wurde unter der jetzigen Regierung teilweise umgekehrt. In der Mitte des Jahres 2001 erwirtschaftete der Privatsektor lediglich die Hälfte des BIP. Massenprivatisierungen setzten 1994 ein und endeten 1996. Im Verlauf dieser Privatisierungen wurden 2235 Unternehmen (80% aller Unternehmen) und 191 000 Wohnungen privatisiert. 40% aller Anteile privatisierter Unternehmen wurden von Investment-Fonds gekauft. Auf dem Höhepunkt der Privatisierung betrug der Nettowert der Vermögensanteile der Privatisierungsfonds und Verwaltungsgesellschaften 1,2 Mrd. Leu. Gegenwärtig vollziehen sich Privatisierungen mittels Barverkäufen. Sie betreffen die durch große Unternehmen repräsentierten Industrien wie Energie, Tabak und Telekommunikation. Die Resultate sind bisher gemischt, der Privatisierungsprozess hat nur wenige westliche Investoren anziehen können.

3.2.5. Welfare Regime

Die moldauische Gesellschaft ist geprägt von sozialer Ausgrenzung und hohen Armutsraten. Die gesamte Bevölkerung hat Zugang zur Gesundheitsvorsorge, allerdings auf sehr niedrigem Niveau. Dem Staat fehlen sowohl die notwendigen Ressourcen als auch die politischen Kapazitäten zur systematischen Armutsbekämpfung. Unter Lucinschi initiierte Moldova in Zusammenarbeit mit der Weltbank eine Strategie zur Armutsreduzierung. Der Vorbereitungsprozess kam jedoch zum Erliegen, nachdem die Kommunisten die Macht erhielten – obwohl ihre politischen Prioritäten seit ihrer Einsetzung sehr auf das Ziel der Armutsbekämpfung ausgelegt waren. Darüber hinaus mangelt es den Regierungsangestellten in den entsprechenden Ministerien und lokalen öffentlichen Organisationen an den notwendigen und angemessenen technischen und analytischen Fähigkeiten.

Die Gesellschaft ist in Ansätzen heterogen, es existieren jedoch Einrichtungen zum Ausgleich krasser sozialer Unterschiede. Frauen haben einen deutlich ausgeprägten Zugang zu höherer Bildung, öffentlichen Ämtern etc.

3.2.6. Leistungsstärke

Als ärmstes Land Europas hat es Moldova nicht geschafft seine vorhandenen Stärken zu nutzen und die von der Weltbank positiv bewertete Politik der wirtschaftlichen Transformation der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit fortzusetzen. Externe Faktoren wie der Bürgerkrieg von 1992 und der damit verbundene Verlust der Industrieanlagen der linken Uferseite, die Abhängigkeit von Russland und die Währungskrise des Rubels 1998 haben sicherlich ihren Anteil am wirtschaftlichen Verfall. Die Auswanderung von geschätzten 500.000 bis 800.000 Moldawiern (ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung) nach Südosteuropa und in die EU ist bezeichnend für den bedauernswerten Zustand der Wirtschaft. Die ausufernde Schattenwirtschaft und die Größe des staatlichen Sektors weisen deutlich darauf hin, dass eine sich selbst erhaltende private Marktwirtschaft in Moldova kaum existiert.

Das Pro-Kopf-Einkommen erreichte mit 304,5 US-Dollar 1999 die unterste Grenze und wuchs, ausgehend von diesem sehr niedrigen Niveau, seither mit einer mit anderen südöstlichen und GUS-Staaten vergleichbaren Geschwindigkeit. Eine unvorteilhafte Handelsbilanz, eine hohe Schuldenrate (Auslandsschulden betragen 12% des BIP) und ausländische Direktinvestitionen von weniger als 4% des BIP

kommen hinzu. Alles in allem sind die makroökonomischen Indikatoren nicht zu negativ, aber besonders hohe Schulden und hohe Arbeitslosigkeit stehen der wirtschaftlichen Entwicklung im Weg.

3.2.7. Nachhaltigkeit

Moldova sieht sich einem schweren Erbe der kommunistischen Periode ausgesetzt: Die Produktivität der moldauischen Landwirtschaft wurde unter dem massiven und unkontrollierten Einsatz von Pestiziden auf den Feldern erreicht. Ähnlich schadhaft für die Umwelt sind die Fabriken der Schwerindustrie, die in den 20er und 30er Jahren überwiegend auf der linken Flussseite erbaut wurden. In den späten 80er Jahren spielte eine grüne Bewegung eine gewisse Rolle, aber ökologische Anliegen haben in einem von Subsistenzwirtschaft geprägten Land sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene längst ihre mobilisierende Kraft verloren.

Die aus Sowjetzeiten stammende Infrastruktur für primäre, sekundäre und höhere Bildung sowie für Forschung und Entwicklung ist institutionell weiterhin vorhanden. Abgesehen von der Tatsache, dass private Schulen und Universitäten diese Strukturen aufbrechen, hat ein absoluter Tiefpunkt in staatlichen und externen Investitionen viele höhere Bildungs- und Forschungseinrichtungen auf eine nominale Existenz reduziert. Humankapital ist weiterhin vorhanden, „brain drain“ ist jedoch der vorherrschende Trend innerhalb der jüngeren Generation.

4. Zurückgelegte Wegstrecke

Wie bereits in der Einleitung ausgewiesen, befasst sich diese Untersuchung mit dem Zeitraum der Präsidentschaften Lucinschi und Voronin (1997-2001 und ab 2001). Bisher wurden die größten Fortschritte unter der Lucinschi-Regierung erzielt. Zugleich war, optimistisch betrachtet, die Voronin-Präsidentschaft bisher weniger rückwärts gewandt als viele Beobachter und Transformationsexperten im April 2001 befürchtet hatten.

Unter einer kommunistischen Herrschaft, die autoritäre Tendenzen mit einer absoluten parlamentarischen Mehrheit kombiniert, hat sich Moldova in den vergangenen fünf Jahren eher von der demokratischen Praxis entfernt, allerdings nicht formal gesehen. Angesichts des ungelösten Dnestr-Konflikts erstreckt sich das staatliche Gewaltmonopol nur über Teile des Territoriums. Die Beziehungen zwi-

schen Chisinau und Tiraspol haben sich nicht substantiell verändert und schwanken zwischen konstruktivem Dialog und gegenseitigen Beschuldigungen ohne wirklich verwertbare und nachwirkende Resultate zu produzieren.

Als formaler Prozess blieb die Demokratie ebenso unverändert bestehen, wie die Präferenz des Volkes für eine Ein-Parteien-Herrschaft.

Aufgrund des sozioökonomischen Niedergangs haben sich das Ausmaß sozialer Ausgrenzung und Armut substanziell erhöht. Im Gegensatz zum europäischen Trend ist Moldovas HDI-Entwicklungsstand (Rang 108 im Jahr 2001) von 0.759 in 1990 auf 0.704 in 1995 auf 0.700 im Jahre 2001 gefallen. Der Verfall der letzten Jahre war daher minimal (-0.004), ging aber von einem extrem niedrigen Niveau aus und deutet darauf hin, dass nur eine kleine Klasse vom substanziellen Wachstum des BIP profitiert. Angesichts der informellen Ökonomie und Kapitalrückflüssen von im Ausland lebenden Moldawiern sind diese Zahlen im Gesamtbild jedoch eher als spekulativ zu betrachten.

Die institutionellen Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliches Handeln haben sich anfangs geringfügig verbessert, verzeichnen jedoch aufgrund politischer Blockaden und Ressourcenmangel momentan einen Stillstand. Moldova hat einen qualitativen Entwicklungssprung der Wirtschaftsentwicklung zu verzeichnen. Die grundlegenden makroökonomischen Indikatoren haben sich von der Rubelkrise erholt. In der Realität war dieser qualitative Entwicklungssprung allerdings rückwärts gewandt. Ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung hat das Land verlassen (die meisten davon in den letzten Jahren) und versorgt einen großen Teil der Bevölkerung über Kapitaltransfers nach Moldova (diese werden auf mehrere hundert Millionen Dollar pro Jahr geschätzt); der Anteil des Schwarzmarktes an der Wirtschaft wird auf 50% des BIP geschätzt; die Einkommensanteile sind extrem ungleich verteilt (der Gini-Index für 1997 beträgt 41). Kurz: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat sich stark verschlechtert.

5. Bewertung des Transformationsmanagements

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, werden in der folgenden Einschätzung des Transformationsmanagements lediglich die Voronin-Präsidentschaft und die dazugehörige Tarlev-Regierung betrachtet. Es ist erwähnenswert, dass die Vorherrschaft negativer, unabhängiger Faktoren die Optionen des Transformationsmanagements auf ein Minimum reduziert hat. Diese machen jede Bewertung des Gra-

des, mit welchem die PCM ihre Handlungsmöglichkeiten im Transformationsmanagement ausgeschöpft hat, extrem spekulativ.

5.1. Schwierigkeitsgrad

Die strukturellen und externen Hindernisse einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sind sehr hoch. Der Pro-Kopf-Anteil am BSP ist niedrig. Das BIP je Einwohner wurde 1991 mit 1700 US-Dollar und mit 374 US-Dollar (-80%) im Jahr 2001 gemessen. Das reale BIP gemessen in Kaufkraftparitäten (PPP) betrug 1991 3.500 US-Dollar und 2.150 im Jahr 2001 (-36%). Innerhalb der letzten fünf Jahre entwickelte sich jedoch ein positiverer Trend. Der GDP-Index des UNDP stieg von 0.334 (1996) auf 0.51 (2000) an, während das reale BIP (in PPP) gleich blieb: 2,122 1996 und 2,109 im Jahr 2000. Die Jahre 2001 und 2002 verzeichneten einen Zuwachs des BSP: 2,1% in 2000, 6,1% für 2001 und eine ähnliche Wachstumsrate für 2002. Im Ganzen betrug das BSP für 2001 in absoluten Zahlen lediglich die Hälfte des BSP von 1995.

Die Bevölkerung Moldovas verfügt im weltweiten Vergleich über einen hohen Bildungsstandard. Der UN-Bildungsstand-Index lag 2000 bei 0,90.

Die Gesellschaft weist einen hohen Anteil an ethnischen Minderheiten (über 30%) auf. Ethnische Spaltungen sind eine, aber nicht die wesentliche Dimension des Dnestr-Konflikts. In gewisser Hinsicht könnte man auch von einer rumänisch-moldauischen ethnischen Spaltung in der Gesellschaft Moldovas sprechen. Im Normalfall wird dieses Problem auf dem Land von den dort vorherrschenden Strukturen der Ausgrenzung eingedämmt, im Alltag der Stadtbevölkerung spielen ethnische Konflikte nahezu keine Rolle. Ähnlich wie in den baltischen Staaten sind ethnische Konflikte eher ein Meta-Element der Staats- und Nationenbildung als eine Quelle täglicher Spannungen und Diskriminierungen. Ethnische Spaltungen und sozioökonomische Disparitäten sind kaum miteinander verbunden.

Gegenwärtige Entwicklung und Traditionen zivilgesellschaftlicher Organisationen sind nur schwach ausgeprägt. Das belegt die Bewertung 4,00 im Freedom House Index. Eine gleichfalls niedrige Bewertung gibt es auch für die institutionelle Konsolidierung und funktionale Effizienz von Rechtsstaat und Demokratie.

5.2. Zielsicherheit

Ungeachtet der komplizierten und strukturellen Rahmenbedingungen ist es angemessen, die Reformpolitik der kommunistischen Regierung bestenfalls als eklektisch und inkonsistent zu beschreiben. Was die Transformation zu pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft betrifft, so ist keine langfristige Strategie zu erkennen. Widersprüchliche Aussagen bezüglich der Orientierung an Moskau und der GUS auf der einen, und der Europäischen Union und den IFIs auf der anderen Seite lassen einen Mangel an politischen Prioritäten (oder starke politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten) vermuten.

Die Regierung nutzt die politische Rhetorik von Transformation und Reform ohne wirklich zu handeln. Ein gradueller Verlust von Humankapital wird als Preis für die Vermeidung unpopulärer Maßnahmen akzeptiert.

Es ist offensichtlich, dass die PCM 2001 mit einer Agenda des Status quo und einer „Nicht-Reform“ gewählt wurde. Die Notwendigkeit zur Kooperation mit den IFIs erbrachte einige zusätzliche Reformen und verhinderte einen strategischen Rückschritt, aber eine kohärente und konsistente Reformpolitik ist weder präsentiert noch implementiert worden. Die niedrige Rate ausländischer Direktinvestitionen und internationaler Hilfsleistungen, die Größe der Schwarzmarktwirtschaft (inklusive der Transfers von Moldawiern aus dem Ausland) sowie die massive Flucht von Arbeitskräften deuten an, dass das Vertrauen in die Regierungspolitik gering ist, aber ohne Alternative bleibt. Das Ausbleiben massiver Gewalt und anderer Katastrophen scheint gesichert, nicht aber eine konsistente makroökonomische Politik (z. B. keine Renationalisierung) oder Vorkehrungen gegen die Armut, obwohl 23,3% der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze (1 bis 2 US-Dollar pro Tag) leben.

5.3. Effektive Ressourcennutzung

Abgesehen von der Frage, in welchem Grade die Reformprojekte der moldauischen Regierung auf Demokratie und Marktwirtschaft ausgelegt sind, schafft es das Zentrum oftmals nicht, Reformen zu implementieren, was zum Teil auf sozialen Widerstand und zum Teil auf elitäre Interessengruppen zurückzuführen ist.

Die Reichweite und Qualität öffentlicher Dienstleistungen ist offensichtlich nicht

ausreichend für weitere Fortschritte in Entwicklung und Transformation. Die Ausgaben für das Gesundheitswesen beliefen sich 1999 auf 2,9% des BSP, für das Bildungswesen auf 4,5% (2000).

Korruptionsbekämpfung stellt keine wirkliche Priorität der Regierung dar. Zwangsläufig belegt Moldova, gemessen an der Wahrnehmung, einen Platz unter den korruptesten Ländern der Welt (zusammen mit Uganda teilte es sich im Jahre 2001 Rang 93, mit einer Punktzahl von 2,1 auf einer Skala von 0 bis 10 des Korruptionsindex von Transparency International). Staatsvereinnahmung durch private Interessen stellt ein ernsthaftes Problem für den moldauischen Reformprozess dar und ist wahrscheinlich einer der Existenzgründe schlechthin für die PMR.

In Moldova ist die Nutzung kultureller Erbschaften als Ressource für den Reformprozess eine besonders komplizierte Aufgabe. Da sowohl Geschichte als auch Identität von Staat und Nation umstritten sind, stellen sie eher eine Quelle der Stagnation als der Reform dar. Während die Frage der Orientierung nach „Osten“ (Russland, GUS) oder „Westen“ (EU, Rumänien) zugleich eine fundamentale Entscheidung bezüglich der Reformstrategie beinhaltet, wird sie kaum als eine rationale Entscheidung behandelt. Symbole und Erinnerungen an eine vorkommunistische, markt-orientierte Vergangenheit sind extrem begrenzt und kontrovers. Die Periode zwischen den Kriegen, als die rechte Uferseite zur rumänischen Provinz zählte, hat starke negative Konnotationen von wirtschaftlicher Missachtung und politischer Marginalisierung. Diese stehen im Mittelpunkt des Konflikts zwischen Befürwortern einer Wiedervereinigung und Moldawisten.

Die späte Periode der Zarenherrschaft erfuhr einige Tendenzen von Demokratisierung und kapitalistischer Entwicklung, beschränkte sich aber wirtschaftlich auf die letzten zwei bis drei Dekaden vor der russischen Revolution und politisch auf die Zeit von 1905 bis 1918. Da geteilte kulturelle Werte sehr schwer zu identifizieren und noch schwerer zu konstruieren sind, ist die jetzige Regierung nicht besser oder schlechter als alle vorherigen darin, kulturelle Werte zur Schaffung gruppen-übergreifender Solidarität und zur Überwindung ethnischer Spaltungen zu instrumentalisieren. Zieht man in Betracht, dass die Idee des Moldawismus, die mobilisierende und integrierende Kraft, seit der Mitte der 90er Jahre ihren Zenith überschritten hat, so scheinen, unabhängig von der jeweiligen Regierung, im jetzigen innenpolitischen und regionalen Kontext keine weiteren Alternativen zur Verfügung zu stehen.

5.4. Gestaltungsfähigkeit

Flexibilität und Modifizierung von Reformpolitiken werden überwiegend von der internationalen Gemeinschaft sowie den IFIs gestaltet und eingeführt und werden vom PCM-Regime oft nur halbherzig angenommen. Profiteure in den Eliten verhindern häufig Änderungen gescheiterter Politiken. Im Gegensatz zu den Wirtschaftsreformen demonstrierte das Regime bei Strategien zur sozialen Integration Flexibilität und Lernfähigkeit bei der Anpassung seiner politischen Entscheidungen.

Die demokratische Mehrheit des Regimes wird durch innere Divergenzen und die relative Stärke der Legislative in Relation zur Exekutive wieder ausgeglichen. Autoritätsmangel ist jedoch kein entscheidender Faktor für das Ausbleiben konsistenter Reformpolitik.

Die PCM-Regierung berücksichtigt die Effekte ihrer Politik, aber aus Mangel an einer konsistenten und geschlossenen Strategie gelingt es ihr oftmals nicht, deren Einfluss auf die Effizienz der Märkte einzuschätzen oder zu verbessern. Genau genommen könnte man argumentieren, dass die gegenwärtige politische Führung Moldovas eine hohe Sensibilität in der Einschätzung ihres politischen Handlungsspielraums und einen bemerkenswerten Grad politischer Gewandtheit demonstriert. Häufig behindern jedoch Interessengruppen und ideologische Betrachtungen (als Teil politischer Gewandtheit) die Ausschöpfung von Entwicklungschancen, z. B. in Fragen wirtschaftlicher Kooperation mit Rumänien oder der Einstellung zu bestimmten Empfehlungen der IFIs.

5.5. Konsensbildung

Insbesondere innerhalb der PCM, des gegenwärtig dominanten politischen Akteurs, gibt es fundamentale Unterschiede bezüglich der Einstellungen zu Marktwirtschaft und Demokratie.

Es ist wahrscheinlich, dass die Parteien des politischen Zentrums zusammen mit dem moderaten Flügel der PCM im Falle einer Spaltung der PCM eine demokratische Mehrheit bilden würden. Reale Reformen sind jedoch momentan nicht dazu geeignet, eine politische Konsensbildung zu fördern und werden bestenfalls von den moderaten Kommunisten angenommen. Im Wesentlichen spiegeln sich die

Spaltungen der Gesellschaft im Parteiensystem wider (mit Ausnahme der Wiedervereinigung-versus-Staatlichkeit-Problematik). Da die Positionen von PNR, der *Christdemokratische Volkspartei* (PPCD) und der PCM in Fragen der Staatlichkeit nahezu unversöhnlich sind, scheint Eindämmung die beste Strategie für das Regime darzustellen, und bisher sind große Eskalationen verhindert worden.

Die Regierung versucht die innergesellschaftliche Solidarität zu steigern, kann aber aufgrund fundamentaler Spaltungen und inkohärenter Politik keine gesteigerte oder verstärkte gesellschaftliche Bereitschaft erwirken.

Die Frage vergangenen Unrechts (z. B. stalinistisches Unrecht und Verbrechen) war ein wichtiger Punkt auf der Agenda der nationalen Mobilisierung und der Volksfront in den frühen 90ern. Das gegenwärtige Regime enthält unreformierte kommunistische Fraktionen. Zusätzlich ist die Bewältigung stalinistischer Verbrechen mit der Frage der Staatlichkeit und Parteipolitik verbunden. Zugleich gilt die prioritäre Aufmerksamkeit der Bevölkerung Fragen des wirtschaftlichen Lebenserhalts und nicht historischer Gerechtigkeit. Die bloße Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Wählerschaft für eine Nachfolgepartei des moldauischen Arms der KPdSU gestimmt hat, der nicht einmal in „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ unbenannt wurde und somit keinen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen hatte, weist darauf hin, dass die Aufarbeitung vergangenen Unrechts in der Politik Moldovas eine untergeordnete Rolle spielt.

5.6. Internationale Zusammenarbeit

Moldova kooperiert im Transformationsprozess mit bilateralen und multilateralen Gebern. Aus Mangel an übergreifenden Reformstrategien sind die Initiativen und Konzepte der internationalen Partner – im Guten wie im Schlechten – die treibenden Kräfte des Reformprozesses. Andererseits haben ideologische und taktische Beweggründe der Regierung bisher einen systematischen Lernprozess verhindert. Gefangen zwischen Annäherung an die GUS-Staaten und Abhängigkeit von Russland auf der einen, und der Angewiesenheit auf westliche Hilfestellungen und Ressourcen auf der anderen Seite, hat sich Moldova in den letzten Jahren zu einem wenig verlässlichen Partner entwickelt.

Da die Agenda der Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie in Moldova in keiner Weise unangefochten ist, ist das Erscheinungsbild gegenüber der internationalen Umwelt nicht das eines verantwortungsvollen und zuverlässigen

Partners. Vor allem die Kooperation mit dem Währungsfond und die Erfüllung der damit verknüpften Bedingungen verlief eklektisch. Moldova war unfähig, den größten Nutzen aus seiner großzügigen Einbeziehung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa im Jahre 2001 zu ziehen. Die neue Regierung schaffte es nicht, die Bedingungen zu erfüllen und versagte ebenfalls, sich als aktiver Partner darzustellen und realistische Vorschläge zu Kooperation und Hilfeleistungen zu unterbreiten. Es herrscht die Tendenz vor, Kooperation mit internationalen Organisationen anstelle eines Instruments zur Verbesserung des innenpolitischen Reformprozesses durch externe Expertise und Hilfe zur Reduzierung sozialer Kosten als eine Beigabe zu Moldovas internationaler Position zu betrachten.

Ob mit Rumänien, Russland oder der Ukraine, Kooperation mit den Nachbarstaaten ist in Moldova eine explosive Angelegenheit. Die Unfähigkeit (oder Unmöglichkeit) sich zwischen westlichen oder östlichen Abhängigkeiten zu entscheiden, macht es für Moldova unmöglich, die Früchte der Kooperation zu ernten. Die Hauptkosten einer Zusammenarbeit mit IFIs und transformationsrelevanten Organisationen lägen in der Beschleunigung des Reformprozesses und der Bereitschaft, die damit verbundenen sozialen Kosten nicht länger zu vermeiden. Bisher hat die PCM-Regierung das Engagement zugunsten der Konsolidierung ihrer Macht begrenzt, während sie zugleich versuchte ihre Integration in die GUS aufrechtzuerhalten. Zusammengenommen ist Moldova ein passiver und zögerlicher Partner in den meisten regionalen und internationalen transformationsrelevanten Organisationen.

6. Gesamtbewertung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die strukturellen und extern induzierten negativen Faktoren im Frühstadium der postkommunistischen Transformation (niedriges Ausgangsniveau der wirtschaftlichen Entwicklung, wirtschaftliche Abhängigkeiten, ungelöste Fragen der Staatlichkeit und Nationenbildung, strategische Betrachtungen etc.) dem Spielraum jeder Regierung, Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen einzuleiten, sehr enge Grenzen gesetzt hätten. Als sich die politische und öffentliche Mobilisierung zwischen 1997 und 1998 von Fragen der Staatlichkeit und Nationenbildung abkehrte, zerstörten räuberische Eliten (vor allem in der Dnestr-Republik) und weit verbreitete Armut jede elektorale Basis für eine halbwegs konsistente Reformstrategie. Die unvorteilhaften strukturellen und externen Faktoren blieben vorhanden. Die lange Verzögerung der Implementierung von Reformen hat die Basis für Reformpolitik in der Bevöl-

kerung untergraben, die Mehrheit bevorzugt Subsistenzwirtschaft und Ein-Parteien-Herrschaft gegenüber den Unsicherheiten von Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie. Konsequenterweise haben sich die jüngsten Regierungen für eine Strategie aus wirtschaftlichem und politischem Konservatismus und Reformrhetorik entschieden anstatt ihre extrem begrenzten Reformmöglichkeiten voll auszuschöpfen.

Aus struktureller Sicht ist der mittelfristige politische und ökonomische Ausblick extrem entmutigend, die Herausforderungen an einen Transformationsprozess dementsprechend hoch, vielleicht unüberwindbar. Da die Lasten der Vergangenheit ebenso wie äußere und innenpolitische Faktoren alle überwiegend in die gleiche Richtung weisen, scheint der Handlungsspielraum für ein angemessenes Transformationsmanagement minimal. Obwohl sie nicht expliziter Bestandteil des gegenwärtigen Kriterienkataloges sind, verursachten die Fragen von Staats- und Nationenbildung eine verspätete, wenn nicht entgleiste Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie. Sie geben Moldova viele Wesensmerkmale eines „failed state“ und verschließen viele Optionen, die anderen Transformationsländern des ehemaligen Ostblocks und den Republiken der Sowjetunion offen stehen.

7. Ausblick

Es ist anzunehmen, dass lediglich substanzielle Veränderungen in der globalen und regionalen geostrategischen Konstellation das Ausbeuterregime in der PMR aufheben und seinen negativen Einfluss auf Moldova verringern werden (z. B. indem es die Kontrolle über die Industrie an das Zentrum zurückführt, organisiertes Verbrechen und Schwarzmärkte einschränkt und Optionen zur nationalen Integration öffnet). Für die Regierung in Tiraspol gibt es keinen wirklichen Anreiz für eine föderale Lösung. Zur gleichen Zeit ist keine politische Alternative zur PCM in Reichweite. Die winzige reformorientierte Elite ist extrem von westlicher Hilfe abhängig und verfügt nur über geringe Unterstützung im Volk. Die rumänische Elite hingegen verfügt über ein substanzielles, aber beschränktes Mobilisierungspotenzial, kann aber keine glaubhaften Strategien für die wesentlichen sozioökonomischen Belange der Bevölkerung bieten.

Rumäniens Beitritt zur EU im Jahre 2007 wird kaum einen Sinneswandel in der öffentlichen Orientierung Moldovas bewirken, weder in Reform- noch in Identitätsfragen. Von daher ist das wahrscheinlichste Szenario die Fortsetzung der kommunistischen Herrschaft mit einem demokratischen Anstrich, ohne jedoch

Antworten auf die latente Unzufriedenheit des Volkes und soziale Spannungen bieten zu können. Politisch würde daher lediglich eine Spaltung innerhalb der PCM eine Neuordnung der politischen Landschaft herbeiführen, jedoch nicht zwangsläufig eine reformoffene Orientierung. Wahrscheinlicher ist es, dass die Grabenkämpfe zwischen Moderaten und Hardlinern innerhalb der Partei weiter inkonsistente Politik und Lähmung hervorrufen werden.

Eine undiversifizierte Ökonomie, die Last auswärtiger Schulden und das langsame Reformtempo heben bei weitem die relativ großen Wachstumsraten auf (von einem Ausgangspunkt der, in Realwerten gemessen, 60% unter dem Niveau von 1991 liegt). Gesamtwirtschaftliche Instabilität bleibt eine reale Bedrohung. Die moderaten Kräfte innerhalb der PCM werden in der Lage sein, Renationalisierungstendenzen und einen offenen Bruch mit den IFIs einzudämmen. Ihre Wirtschaftspolitik wird jedoch weiter stark staatsorientiert bleiben, obgleich zu schwach um diese Strategie fortzuführen. Eher werden sie sich zögerlich den Reformvorschriften des IWF fügen. Das Interesse westlicher Investoren an Moldova wird niedrig bleiben und Moldova weiter in die wirtschaftliche Sphäre der GUS-Staaten treiben.

Obwohl Steuererhebungen angesichts eines Schwarzmarktanteils von 50% des Wirtschaftslebens zuzüglich der Einfuhren von Moldawiern aus dem Ausland und unter Ausschluss der linken Flussseite ein Schlüsselproblem bleiben werden, ist mit wiederkehrenden Auswüchsen populistischer Maßnahmen, etwa Erhöhungen von Pensionsansprüchen und Beamtenbezügen zu rechnen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass einige positive und die Abwesenheit stark negativer Trends in den makroökonomischen Schlüsselindikatoren eher auf eine Stagnation und eine weitere Verzögerung struktureller Transformation hinweisen als auf ein umsichtiges und erfolgreiches Transformationsmanagement.